

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 14. Januar 2009

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadtrat Gernhart (für SR Ballonier)
Stadtrat Ferber
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Siebentritt
Stadtrat K.-H. Scherf
Stadtrat Schulz
VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 - 5, nichtöffentlich von TOP 6 - 8 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bauanträge

1.1 Uwe Hennrich, Carl-Wiesmann-Straße 5 – Verglasung der Loggia

Der Bauherr möchte seine Loggia verglasen und damit sein Eßzimmer um ca. 1,31 m² erweitern.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, ein Baugenehmigungsverfahren nicht zu fordern.

1.2 E.ON Kraftwerke GmbH – Neubau eines Steinkohlekraftwerkblocks in Großkrotzenburg („Staudinger“)

Mit Schreiben vom 08.12.2008 hat das Regierungspräsidium Darmstadt die Stadt aufgefordert, im Raumordnungsverfahren zum geplanten Neubau eines Steinkohleblocks in Großkrotzenburg eine Stellungnahme abzugeben. Die E.ON Kraftwerke GmbH plant dort ein neues Grundlastkraftwerk mit einer Leistung von 1.100 MW. Im Gegenzug sollen nach Fertigstellung der Anlage die ebenfalls mit Steinkohle betriebenen Blöcke 1-3 mit einer Leistung von insgesamt 850 MW abgebaut werden. Die E.ON Kraftwerke GmbH hat sich darüberhinaus verpflichtet, den Umfang der Emission von Staub, Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid trotz der gestiegenen Leistung zu reduzieren.

Nachdem aufgrund der Lage des Vorhabens Belange der Stadt nicht berührt sind, beschloß der Bau- und Umweltausschuß, keine Einwendungen zu erheben.

1.3 Fa. E & F Plakat-Service GmbH, Hagen – Errichtung einer Werbetafel, Landstraße 80

Die Fa. E & F möchte auf dem unbebauten Gewerbegrundstück Landstraße 80 eine 3,76 m * 2,76 m große Werbetafel errichten.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben 8:1 Stimmen zu.

2. Dachsanierung am Container der Kindertagesstätte „Rasselbande“

Im Container der Kindertagesstätte „Rasselbande“ ist derzeit die dortige Krippengruppe untergebracht. In den Wintermonaten kommt es durch aus der Decke tropfendes Kondenswasser regelmäßig zu erheblichen Störungen des Betriebs.

Die Fa. Peter Ott, Miltenberg, hat vorgeschlagen, über die Container einen Dachstuhl als Satteldach mit ca. 6-7° zu errichten. Als Eindeckung empfiehlt sie Sandwichelemente mit einem leichten Dämmkern, die an einem Stück bestellt werden können und somit keine Querstöße als Schwachstellen aufweisen. Die Dämmung wiederum vermindert die Bildung von Schwitzwasser auf der Unterseite der Elemente. Alternativ kommen auch (günstigere) einschalige Trapezbleche in Frage, die jedoch Nachteile in Bezug auf Wärmedämmung, Schall und

Schwitzwasserbildung aufweisen. Das Angebot der Fa. Ott schließt mit brutto rund 17.500 € ab. Bei Verwendung von Trapezblechen könnten ca. 3.500 € eingespart werden.

In seiner Sitzung vom 03.12.2008 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, mit Architekt Bertwin Kaufmann nach einer günstigeren Lösung des Problems zu suchen.

Zwischenzeitlich hat er die Konstruktion des Containers besichtigt und bauphysikalisch untersucht. Danach ist festzustellen, daß der Container regendicht ist (was auch dem beobachteten Schadensverlauf entspricht), die Probleme also auf Kondenswasser zurückzuführen sind.

Es wurde festgestellt, daß die Dampfsperre durch Beschädigungen der Folie unzureichend funktioniert und sich die Wärmedämmschicht voll Wasser gesogen hat, das bei niedrigen Temperaturen kondensiert und im Raum abfließt.

Herr Kaufmann hat vorgeschlagen, die Wärmedämmung komplett zu erneuern und dabei auf eine sorgfältige Ausführung der Dampfsperre zu achten. Mit einem Aufwand von ca. 2.000-2.500 € könnten die Probleme damit behoben werden.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorschlag zu und beauftragte die Verwaltung, die Arbeiten umgehend vom Bauhof durchführen zu lassen. Stadtrat Hennrich regte an, dabei nochmals die Außenhaut auf Wasserdichtigkeit zu überprüfen.

3. Nutzung des Alten Fährhafens als Bootsliegestelle

Das Fehlen einer Anlegestelle für Sportboote in Wörth wird seit Jahren als Mangel angesehen. Zuletzt waren Bemühungen gescheitert, eine solche Anlage mit Unterstützung der Städtebauförderung im Michaelshafen zu errichten.

Mit einem ausführlichen Schreiben hat Herr Walter Dechent nunmehr vorgeschlagen, den alten Fährhafen unmittelbar mainabwärts der Bastion für diesen Zweck umzugestalten. Dazu müßten die vor der im Jahr 1992 eingebrachten Spundwand angeworfenen Wasserbausteine entfernt werden, um eine Wassertiefe von 1,0 – 1,3 m herzustellen und ein Heranfahen der Boote an das Ufer zu ermöglichen. Nach Auffassung von Herrn Dechent könnten auf der ca. 50 m langen Strecke 5-10 Boote anlegen.

Die Verwaltung hat deswegen mit dem Wasser- und Schiffsamt erste Gespräche geführt. Danach besteht grundsätzliche Bereitschaft, einer solchen Anlage zuzustimmen. Formell sind dazu eine strom- und schiffahrtspolizeiliche Erlaubnis und eine wasserrechtliche Anlageneignung einzuholen und ein Nutzungsvertrag mit dem WSA abzuschließen.

Materiell fordert das WSA insbesondere eine geprüfte Statik, die nachweist, daß das Abtragen des Vorbaus vor der Spundwand deren Standsicherheit nicht beeinträchtigt. Zudem wären am oberen Ende der Wand ein Prallschutz und eine Aufstiegsmöglichkeit auf das Ufer zu projektieren. Dies kann von der Verwaltung nicht geleistet werden. Als geeignetes Fachbüro käme schömig-plan, Aschaffenburg, in Betracht.

Der Bau- und Umweltausschuß war übereinstimmend der Meinung, daß an dieser Stelle eine günstige Möglichkeit zur Herstellung eines Anlegeplatzes gegeben ist. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Büro schömig-plan eine Kostenschätzung für die Realisierung der Maßnahme zu erstellen.

4. Geschwindigkeitsbegrenzung für Lkws im Stadtbereich

In seiner Sitzung vom 03.12.2008 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung u.a. beauftragt, mit der Polizeiinspektion den nötigen Umfang einer Beschilderung zur Beschränkung der Geschwindigkeit von Lkws in der Frühlingstraße, der Bahnstraße, der Münchner Straße – Frühlingstraße bis Triebstraße – und Odenwaldstraße zu erörtern. Die Polizeiinspektion Obernburg hat dabei mitgeteilt, daß ein alleiniges Aufstellen der Beschilderung an den äußeren Zufahrten des beschriebenen Bereichs nicht ausreicht. Statt dessen ist die Geschwindigkeitsbegrenzung als sogenanntes Streckenverbot nach jeder einmündenden Straße zu wiederholen.

Der Bau- und Umweltausschuß beriet intensiv die Notwendigkeit einer begrenzten wie flä-

chendeckenden Geschwindigkeitsbegrenzung für Lkws im Stadtbereich und die Möglichkeiten einer sachgerechten, aber sparsamen Beschilderung. Schließlich faßte der Ausschuß folgenden Beschluß:

Die Fahrgeschwindigkeit wird für Lkws in der Frühlingstraße zwischen der Bahnstraße und der Bayernstraße auf 30 km/h begrenzt. Schilder sollen in südwestlicher Fahrtrichtung nach der Bahnstraße und nach der Adalbert-Stifter-Straße, in nordöstlicher Fahrtrichtung nach der Bayernstraße und vor der Alten Straße aufgestellt werden. Ob in der Bahnstraße ebenfalls eine Geschwindigkeitsbegrenzung notwendig ist, soll in den nächsten Monaten beobachtet werden, wenn die Produktion der Fa. Diephaus wieder anläuft.

5. Fällung von Bäumen im Stadtbereich

5.1 Fällung der Linde an der „Pax“

Verschiedene Mitglieder des Fördervereins Schiffahrtsmuseum haben angeregt, die Linde auf der Grünfläche am Friedhof zu fällen. Durch Lauf und Blüten des Baumes werde die Pflege des daneben aufgestellten Schleppers „Pax“ stark erschwert.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem nicht zu folgen. Die Linde prägt den Charakter der Grünfläche; zudem werden die Beeinträchtigungen der „Pax“ als gering eingeschätzt.

5.2 Fällung eines Ahorns auf dem Spielplatz Limesstraße

Herr Josef Vornberger hat um Fällung eines Ahornbaumes auf dem Spielplatz Limesstraße hinter seinem Wohngrundstück gebeten. Der Baum verursache durch seine Blätter starke Verunreinigungen in seinem Garten. Der Arbeitsaufwand für die Beseitigung der Blätter sei erheblich. Er sei bereit, den Baum selbst im Rahmen einer Feuerwehrrübung zu fällen.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, dem Anliegen nicht zu folgen, da der Baum ca. 4,50 m von der Grundstücksgrenze entfernt steht und die Situation keine über das normale Maß hinausgehende Beeinträchtigung der Interessen von Herrn Vornberger in sich birgt.

5.3 Fällung eines Kirschbaums am Kleintierzuchtgelände

Herr Andreas Zimmermann ist Besitzer eines Gebäudes in der Kleintierzuchtanlage am Bocksbergweg. Er bittet um Fällung eines Kirschbaums, von dem bereits mehrere Äste abgebrochen seien. Er sei bereit, den Baum, zu fällen, das Holz zu übernehmen und eine Ersatzpflanzung durchzuführen

Der Bau- und Umweltausschuß lehnte dies ab, da sich der Baum in einem standfesten Zustand befindet.

Wörth a. Main, den 22.01.2009

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer